

N-1-B Klimaschutz, Gerechtigkeit, Solidarität - Unsere Anforderungen an eine neue Regierung

Gremium: 55. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 09.10.2021
Tagesordnungspunkt: N Wahlnachlese

Antragstext

Klimaschutz, Gerechtigkeit, Solidarität - Unsere Anforderungen an eine neue Regierung

Immer mehr Krisen und immer weniger Zeit, sie zu lösen: Die Zeit der kleinen Schritte ist vorbei. Die nächste Bundesregierung muss durch einen echten Aufbruch die nötigen Veränderungen für eine lebenswerte Zukunft angehen.

Mit unserer #ZukunftErkämpfen-Kampagne sind wir mit tausenden Aktivist*innen in den letzten Monaten überall im Land für gerechte Arbeitsbedingungen, konsequente Klimapolitik und Geld für das gute Leben vor Ort auf die Straße gegangen. Wir haben mit verschiedenen Bewegungen für niedrigere Mieten, das Ende des Braunkohleabbaus und die Verkehrswende demonstriert. In so vielen Ortsgruppen wie noch nie waren wir mit unseren Aktionen auf Straßen und Plätzen, kamen mit Menschen ins Gespräch und haben mit unseren Forderungen Debatten geprägt. Überall haben unsere Aktivist*innen auf grünen Listen und in Direktwahlkreisen kandidiert, um die Forderungen der GRÜNEN JUGEND bis in den Bundestag zu bekommen. Mit einem stark gewachsenen Verband, mit unseren vielen neuen Abgeordneten und mit den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft werden wir nun dafür kämpfen, dass wir endlich eine Regierung haben, die im Angesicht der Klimakrise entschlossen handelt und echte soziale Gerechtigkeit in unserem Land schafft.

Wir fordern nicht weniger als eine Welt, die Zukunft hat. Der Weg dorthin hat gerade erst begonnen.

Auf geht's!

Mit dem Ergebnis zur Bundestagswahl können Bündnis 90/Die Grünen das stärkste Ergebnis ihrer Geschichte einfahren. Bei Menschen unter 30 Jahren sind Bündnis

25 90/Die Grünen die stärkste Partei geworden, was auch der Verdienst einer starken
26 GRÜNEN JUGEND ist. Wir als Verband können uns über viele junge Abgeordnete aus
27 den eigenen Reihen im Bundestag freuen. Das Wahlergebnis ist ein Auftrag an uns,
28 die zukunftszerstörende Politik der letzten Jahre zu beenden.

29 Bündnis 90/Die Grünen standen in diesem Wahlkampf durch teils sehr hohe
30 Zustimmungswerte in Umfragen unter einem enormen Erfolgsdruck, dem das
31 tatsächliche Wahlergebnis nur teilweise gerecht werden kann. Dies ändert jedoch
32 nichts an der Notwendigkeit, weiter auf die Straße zu gehen, sich zu
33 organisieren, zu bilden und Druck zu machen für echte Veränderung. Wir sind mehr
34 als Wahlkämpfer*innen, die alle vier Jahre für linke Mehrheiten streiten,
35 sondern ein starker Verband aus jungen Menschen, die Tag für Tag den Status Quo
36 verändern wollen!

37 Deutlich wurde, dass dieser Wahlkampf eine andere Dynamik angenommen hat als bei
38 früheren Wahlen: Grüne Ideen, insbesondere für einen sozialen und ökologischen
39 Umbau der Wirtschaft wurden stark unter Beschuss genommen, die Anti-Grünen-
40 Kampagne der neoliberalen Lobbyorganisation "Initiative Neue Soziale
41 Marktwirtschaft" stellt hierbei nur eines von vielen Beispielen dar.

42 Wirkliche Veränderung wird niemals ohne Widerstand möglich sein, sondern muss
43 immer gegen andere Interessen durchgesetzt werden wie den Interessen von großen
44 Konzernen, die auf Profite angewiesen sind und dafür unsere Zukunft auf diesem
45 Planeten gefährden. Deshalb ist es umso wichtiger, sich der Unausweichlichkeit
46 dieses Konflikts in Zukunft noch stärker bewusst zu machen, gemeinsam diesem
47 Gegenwind standzuhalten und mit einer starken, in der Gesellschaft verankerten
48 Linken für echte Veränderung zu kämpfen. Der gewonnene Berliner Volksentscheid
49 zur Enteignung großer Immobilienkonzerne wie Deutsche Wohnen und Vonovia ist
50 dafür ein eindruckliches Beispiel.

51 **Regierungsauftrag: Krisen lösen!**

52 Die neue Regierung muss für einen echten Wechsel stehen: Konsequenter
53 Klimaschutz und echte soziale Gerechtigkeit müssen zwingend zusammengebracht
54 werden. Wichtige Investitionen in die Zukunft dürfen nicht am Dogma der
55 Schwarzen Null scheitern.

56 Die Union hat im Wahlkampf gezeigt, dass sie für zukunftsfeindliche Politik
57 steht. Sie stellen die Profite der Wenigen über die Interessen der Vielen. Sie
58 hat keine Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit. Dafür wurde sie
59 abgewählt. Dem Wahlverlierer zur Kanzlerschaft zu verhelfen ist aus unserer
60 Sicht keine Option. Es gibt nicht einen Grund für Jamaika - aber viele Gründe
61 dagegen. Für uns kommt eine Jamaika-Koalition nicht in Frage.

62 Mit der SPD gibt es starke inhaltliche Überschneidungen, die eine gute Grundlage
63 für die anstehenden Verhandlungen bilden. Die Gemeinsamkeiten müssen in einer
64 möglichen Koalition deutlich werden und dürfen nicht auf Kosten der Reichen- und
65 Klientelpolitik der FDP verloren gehen.

66 Der Regierungsauftrag für die nächste Regierung ist: Krisen endlich zu
67 bekämpfen, statt sie zu verwalten, und Politik für die ganze Gesellschaft zu
68 machen statt für wenige Reiche. Das bedeutet, dass Menschen am Ende des Monats
69 mehr im Geldbeutel haben müssen als bisher und die Klimakrise mit aller Kraft
70 bekämpft werden muss.

71 Ein Mitregieren von Bündnis 90/Die Grünen ist kein Selbstzweck. Wenn sie in eine
72 Regierung eintritt, muss sie den Stillstand beenden. Wir unterstützen eine
73 Regierungskoalition nur dann, wenn sich sowohl im Leben der Menschen spürbar
74 etwas verbessert als auch die Klimakrise konsequent angegangen wird.

75 Jede Koalition wird sich daran messen lassen müssen, ob sie die
76 Stillstandspolitik der letzten Jahre beenden und den Weg zu einer gerechteren
77 Zukunft bauen wird. Dafür stellen wir an jeden Koalitionsvertrag klare
78 Erwartungen, die in der Regierung umgesetzt werden müssen.

79 **Das Klima verträgt keine Kompromisse!**

80 Die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens muss Bedingung jeder Koalition sein.
81 Daraus ergeben sich zwangsläufig tiefgreifende politische Veränderungen und ein
82 massives Umsteuern in der Klimapolitik. Dafür müssen in allen Bereichen und
83 Sektoren deutliche Fortschritte erreicht werden. Der 1,5-Grad-Pfad und das
84 völkerrechtlich bindende Pariser Klimaschutzabkommen kann dabei nur mit einem
85 Kohleausstieg 2030 eingehalten werden. Der CO₂-Preis muss bei einem
86 vollständigen sozialen Ausgleich deutlich steigen. Die nächste Bundesregierung
87 muss zudem die Weichen für die längst überfällige Verkehrswende stellen. Statt
88 weiter Milliarden in unsinnige Autobahnprojekte und klimaschädliche Subventionen
89 zu stecken, braucht es eine Investitionsoffensive in Busse, Bahnen und Radwege.
90 Mobilität darf dabei keine Frage des Geldbeutels sein, sondern muss für alle
91 erschwinglich werden.

92 Marktmechanismen alleine werden das Klima nicht retten: Ein gemeinsamer
93 Koalitionsvertrag muss für alle Bereiche konkrete und wirksame Maßnahmen
94 enthalten, die sicherstellen, dass wir die Pariser Klimaziele am Ende der
95 Legislaturperiode noch erreichen können. Gleichzeitig muss sichergestellt
96 werden, dass Klimaneutralität in Deutschland nicht durch Auslagerung der
97 Emissionen und Produktionsfolgen in den Globalen Süden erreicht wird.

98 An der Einhaltung des 1,5-Grad-Pfades führt kein Weg vorbei.

99 **Soziale Gerechtigkeit als Grundpfeiler jeder zukünftigen**
100 **Regierung**

101 Bündnis 90/Die Grünen sind mit dem Versprechen angetreten, Klimaschutz und
102 Gerechtigkeit zu verbinden. Das gilt es in einer grünen Regierungsbeteiligung
103 konsequent einzulösen und Armut zu beenden. Deswegen ist für uns klar, dass die
104 neue Bundesregierung den Mindestlohn so schnell wie möglich auf mindestens 12€
105 anheben muss, ohne Ausnahmen. Die Unterschiede im Lohn- und Rentenniveau
106 zwischen Ost- und Westdeutschland müssen entschieden angegangen werden. Gerade
107 junge Menschen, die eine Ausbildung machen, brauchen eine sichere
108 Zukunftsperspektive. Eine Ausbildungsplatzgarantie und eine höhere
109 Ausbildungsplatzvergütung sind dafür ein wichtiger erster Schritt. Auch braucht
110 es endlich eine Reform der Grundsicherung um Armut zu beenden: Hartz IV muss in
111 den nächsten 4 Jahren überwunden werden. Als erste Sofortmaßnahmen muss der
112 Regelsatz um mindestens 50€ erhöht und Sanktionen endlich abgeschafft werden.
113 Mehrbelastungen durch den CO2-Preis müssen auch über das Energiegeld hinaus
114 kompensiert werden und zwar nicht im nachhinein, sondern direkt. Eine
115 Kindergrundsicherung ist wichtig, um die Familien am stärksten zu unterstützen,
116 die am wenigsten haben.

117 Die Mietpreise sind für viele Menschen in den Städten kaum mehr zu bezahlen.
118 Sowohl die starken Stimmengewinne von SPD und Grünen, die mit klaren Forderungen
119 zur Begrenzung von Mietpreisen angetreten sind, als auch die über 1.000.000
120 Stimmen für die Vergesellschaftung von Wohnraum, sind ein deutliches Zeichen:
121 Die Menschen wollen einen Paradigmenwechsel in der Mietenpolitik. Das Leben
122 vieler Menschen wird besser durch eine Deckelung und Begrenzung von Mietpreisen
123 und eine stärkere Förderung der Schaffung günstigen Wohnraums in öffentlicher
124 und genossenschaftlicher Hand.

125 Wenn wir soziale Gerechtigkeit für alle Menschen anstreben, bedeutet dies auch
126 Gesundheit und Pflege für alle Menschen gleichermaßen zu ermöglichen. Im
127 aktuellen System werden allerdings die Profite Einzelner über die Gesundheit der
128 Vielen und das Wohl der Beschäftigten im Gesundheitssektor gestellt. Deshalb
129 müssen wir jetzt die Weichen stellen für einen Strukturwandel im
130 Gesundheitssystem mit gerechter Finanzierung, ohne Fallpauschalen, mit einer
131 Bürger*innenversicherung und mit der Deckelung von Eigenanteilen in der
132 stationären Langzeitpflege. Gleichzeitig müssen wir besonders die Pflege als
133 Beruf fördern, indem wir für bessere Löhne, Arbeits- und Ausbildungsbedingungen
134 sorgen. Dafür braucht es eine gesetzliche Personalmessung in allen Bereichen der
135 pflegerischen Versorgung und politisches Mitbestimmungsrecht auf allen Ebenen.

136 Es sind Frauen, trans Personen, Menschen mit Migrationsgeschichte, und Menschen
137 mit Behinderung, die die miesesten Löhne bekommen, um deren Gesundheit sich am
138 wenigsten gekümmert wird und die auf dem Arbeits- und Mietmarkt diskriminiert
139 werden. Gerade deswegen muss die nächste Bundesregierung soziale Fragen und

140 Fragen von Antidiskriminierung zusammen denken.

141 **Menschenrechte sind keine Verhandlungsmasse - Freiheit**
142 **verteidigen!**

143 Die Ära Merkel ist beendet, doch das Leid an den europäischen Außengrenzen
144 bleibt. Nachdem die letzten Bundesregierungen jahrzehntelang Asylrechte
145 verschärft, Abschiebungen forciert und auf europäischer Ebene Druck für eine
146 rassistische Abschottungspolitik gemacht haben, ist es dringend an der Zeit für
147 eine Asylpolitik, die Schutz und Sicherheit von Menschen in den Fokus rückt. Die
148 Kriminalisierung von Seenotrettungsorganisationen muss auf europäischer Ebene
149 beendet, Massenlager aufgelöst und illegale Pushbacks beendet werden. Es braucht
150 sichere und legale Fluchtwege und erhöhte Aufnahmekapazitäten für
151 Schutzsuchende. Kein "Sicherer Hafen" darf mehr an der Aufnahme von Geflüchteten
152 gehindert werden. Kurz: Menschenrechte müssen sofort in den Mittelpunkt
153 deutscher Politik gerückt werden. Das bedeutet auch, Angriffskriege wie den
154 türkischen Angriff auf Rojava nicht länger zu akzeptieren und Konflikte nicht
155 mit deutschen Rüstungsexporten weiter zu befeuern.

156 Migration und eine vielfältige Gesellschaft sind kein Sicherheitsproblem. Die
157 Bereiche Migration und Flucht sollen mit anderen Themen einer vielfältigen
158 Gesellschaft aus dem Innenministerium herausgelöst werden.

159 Es braucht eine feministische Bundesregierung: Dazu gehört mehr als Frauen in
160 Spitzenpositionen und ein quotiertes Kabinett, sondern endlich auch gleiche
161 Löhne für gleiche Arbeit und eine konsequente Bekämpfung von Gewalt gegen
162 Frauen, inter und trans Personen. Außerdem müssen Schwangere endlich selbst über
163 ihren eigenen Körper entscheiden können und Ärzt*innen frei über die
164 Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs informieren, statt dafür
165 kriminalisiert zu werden!

166 Die Selbstbestimmung von inter und trans Personen ist längst überfällig, wurde
167 jedoch bisher immer wieder von Konservativen blockiert. Eine neue
168 Bundesregierung muss das diskriminierende Transsexuellengesetz abschaffen und
169 endlich die Selbstbestimmung über den eigenen Körper vollumfänglich ermöglichen.
170 Hier geht es um ein Menschenrecht!

171 In Sachsen und Thüringen wurde die AfD stärkste Kraft. Das und die
172 rechtsterroristischen Anschläge der letzten Jahre müssen Folgen haben: Die
173 Verharmlosung von Rechtsradikalismus muss enden. Die nächste Bundesregierung
174 muss den Kampf gegen rechts endlich ernst nehmen, Opfer und Betroffene rechter
175 Gewalt unterstützen und die wichtige Arbeit von zivilgesellschaftlichen
176 Initiativen nicht länger kriminalisieren, sondern mit einem
177 Demokratiefördergesetz unterstützen.

178 Zugleich müssen rechte Tendenzen in den eigenen Sicherheitsbehörden konsequent
179 aufgedeckt und bekämpft werden. Es braucht grundlegende Reformen bei Polizei und
180 Verfassungsschutz, um die dortigen strukturellen Probleme zu beseitigen und eine
181 rechtsstaatliche Kontrolle der Institutionen sicherzustellen, was auch den Abbau
182 der Überwachungsmaßnahmen beinhaltet. Die nächste Regierung muss eine Regierung
183 der Bürger*innenrechte werden.

184 Für eine neue Bundesregierung gibt es viel zu tun. In den nächsten vier Jahren
185 wird sich zeigen, ob Politik wieder für Menschen gemacht wird und die Weichen
186 Richtung Zukunft gestellt werden. Eine grüne Regierungsbeteiligung kann nötige
187 Veränderung anstoßen, wird das aber nicht allein schaffen. Wir müssen als Grüne
188 Jugend auf der Straße, mit Bündnissen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen
189 laut sein für radikalen Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine Gesellschaft
190 der Vielen. Lasst uns in den nächsten vier Jahren alles geben und eine Welt
191 bauen, die Zukunft hat!

Z-1-B Keine Zeit für kleine Schritte - für eine Politik von unten

Gremium: 55. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 09.10.2021
Tagesordnungspunkt: Z Keine Zeit für kleine Schritte – Zukunft
erkämpfen!

Antragstext**Keine Zeit für kleine Schritte! - für eine
Politik von unten**

Das allgemeine Wahlrecht, Rechte von Arbeiternehmer*innen, höhere Löhne, die Reduzierung der Arbeitszeit oder das Ende der Studiengebühren: All diese Dinge haben gemeinsam, dass Menschen sie erst politisch erkämpfen mussten. Diese politischen Kämpfe wurden weder durch Zufall gewonnen, noch weil Regierende gutmütig waren. Ein besseres Leben gab es nie einfach so. Es wurde erstritten, indem Menschen sich organisiert haben und zusammen für ihre Interessen einstanden.

Gesellschaftliche Veränderung zu organisieren, ist ein langfristiger Prozess - wie beispielsweise die US-Bürgerrechtsbewegung zeigte: Über Jahrzehnte haben sich hier Menschen organisiert, bis sie Erfolge erzielen konnten. Sie protestierten, zogen vor Gericht und packten ganz konkret die Veränderung in ihrem Umfeld selbst an. Auch, wenn Krisen heute immer schneller und heftiger auf uns einprasseln und wir umso schneller handlungsfähig werden müssen - an langfristigen Zielen und systematischer Aufbauarbeit führt auch heute noch kein Weg vorbei, im Gegenteil: Je existentieller die Krisen, desto größer ist unsere Verantwortung, weiter zu denken als bis zur unmittelbaren Symptombekämpfung.

Let's organize!

Gemeinsame Schlagkraft entwickeln wir, wenn wir die Interessen der Vielen bündeln. Grundvoraussetzung dafür ist es, die Lebensrealitäten von Menschen ernstzunehmen, zu teilen und zu verstehen, um sie gemeinsam zu verändern. Dass wir von einer gerechten, solidarischen Welt weit entfernt sind, haben uns die letzten Jahren nur allzu deutlich gezeigt. Aber schon heute sehen wir, wie wir durch Organizing konkrete Kämpfe gewinnen können: Die gegenwärtige Mietpolitik ist von Profiten für Wenige und hohen Mieten für Viele geprägt - doch die sich

27 organisierenden Initiativen und Proteste geben Hoffnung. Zwar haben sich die
28 Mietpreise in den letzten Jahren in manchen Städten mehr als verdoppelt haben
29 und politischer Unwille und Untätigkeit haben dazu geführt, dass sich immer mehr
30 Menschen ihre Miete nicht mehr leisten können. Doch in immer mehr Städten
31 formiert sich dagegen Widerstand durch lokale Mieter*innen-Initiativen oder
32 solidarische Kollektive. Und nicht zuletzt hat die Berliner Initiative „Deutsche
33 Wohnen und Co. enteignen“ eindringlich gezeigt, was möglich ist, wenn gemeinsame
34 Interessen organisiert werden.

35 Ihren Forderungen schließen wir uns an: **Keine Profite mit unserer Miete!** Große
36 Wohnkonzerne gehören vergesellschaftet, ihre Bestände in Gemeineigentum
37 überführt: Die Versorgung mit Wohnraum ist eine öffentliche Aufgabe! Nur so
38 können wir auf Dauer in unseren Städten wohnen bleiben und durch die Miete nicht
39 immer ärmer werden. Darüber hinaus muss die gesetzliche Grundlage dafür gelegt
40 werden, dass wirksame Mietendeckel eingeführt werden können und so schnell und
41 effektiv gegen rasant steigende Mieten vorgegangen werden kann.

42 Der Erfolg der Volksabstimmung "Deutsche Wohnen & Co. enteignen" zeigt, dass
43 eine konsequent andere Mietpolitik gewollt und dringend notwendig ist. Die
44 politische Debatte über Mietpolitik wurden endlich dahingehend verschoben,
45 dass nun die notwendigen politischen Alternativen zur bisher herrschenden
46 Marktideologie ernsthaft diskutiert werden. Denn Wohnraum ist keine Ware. Die
47 Frage, ob wir ein Dach über dem Kopf haben oder nicht, darf nicht dem Markt
48 überlassen werden: **Wohnraum muss allen zur Verfügung stehen, die ein Zuhause**
49 **brauchen - unabhängig vom Geldbeutel!**

50 **Jobgarantie statt fossile Industrie!**

51 Diese Art der Organisation wird uns helfen, weitere Kämpfe zu gewinnen. Und das
52 ist auch bitter notwendig, denn während uns Naturkatastrophen schon jetzt erste
53 Auswirkungen der Klimakrise spüren lassen, wird einfach weiter gemacht wie
54 bisher: Für die Profite einiger Weniger wird das Klima weiter verheizt. Während
55 die reichsten Prozent für den größten Anteil der CO₂-Emissionen verantwortlich
56 sind und ihr Vermögen zugleich immer weiter anwächst, werden die, die heute
57 schon nur schwer über die Runden kommen, am schwersten von der Klimakrise
58 getroffen werden.

59 Soziale und ökologische Fragen werden bewusst gegeneinander ausgespielt, doch
60 das muss nicht so sein. Wir kämpfen in den Gerechtigkeitsfragen für eine starke
61 Umverteilung mit einer eine Vermögensteuer für hohe Vermögen und eine Reform der
62 Erbschaftssteuer um die Schere zwischen Arm und Reich zu verkleinern.

63 Viel zu lange wurden Unternehmen gerettet, damit sie bloß niemanden entlassen.
64 Geholfen hat das aber wenig, denn in Deutschland leben 13 Millionen Menschen in
65 Armut, häufig trotz Arbeit. Ein katastrophaler Missetand, der sich nur

66 ausgleichen lässt, wenn wir den dringend benötigten Strukturwandel endlich
67 angehen. Wir wollen die Industrie nachhaltig umbauen!

68 Oft behaupten Konservative, der Klimaschutz wird uns Jobs kosten, das Gegenteil
69 ist der Fall: Auch wenn es weniger Jobs in der Automobilindustrie geben wird,
70 werden wir gerade im Ausbau der erneuerbaren Energien und im Ausbau des
71 öffentlichen Nah- und Fernverkehrs viele Arbeiter*innen brauchen. Das ist eine
72 Zukunft für die Arbeiter*innen aus der Kohle, Gas- und Automobilindustrie. **Um**
73 **dieses Potenzial zu nutzen, fordern wir Weiter- und Umbildungsgarantien, die**
74 **durch ein Bundesweiterbildungsgesetz umgesetzt werden sollen und eine**
75 **Statusgarantie für die Arbeiter*innen der fossilen Branchen:** Wir wollen allen
76 Arbeiter*innen zusichern, dass sie auch beim Wegfall ihres Jobs in der fossilen
77 Branche ähnliche Tarifbedingungen in den neuen Branchen bekommen.

78 Die viel beschworenen Kräfte des Marktes können offensichtlich weder für die
79 Einhaltung des Pariser Klimaabkommens sorgen, noch für gute Arbeitsbedingungen:
80 **Deswegen muss die öffentliche Hand ihre Handlungsspielräume nutzen und viele,**
81 **gut bezahlte öffentliche Jobs in der Daseinsfürsorge, zu der auch der**
82 **Mobilitätssektor zählt, schaffen.** Dadurch, dass diese Jobs in staatlicher Hand
83 sind, haben wir eine demokratische Handhabe über die Löhne und auch über die
84 Arbeitszeit. So wird unsere Arbeit von unten organisiert. Um diesen gerechten
85 Strukturwandel zu erkämpfen, organisieren wir uns gemeinsam mit den
86 Arbeiter*innen und in den Gewerkschaften. **Wir lassen uns nicht spalten!**

87 Der Kampf für Klimagerechtigkeit und ein gutes Leben fängt vor Ort an und
88 gleichzeitig kann die direkte Umgebung auch der Ort sein, an denen wir Menschen
89 für den Kampf für eine Transformation der Gesellschaft gewinnen können. Viele
90 Menschen haben Sorge vor der bevorstehenden Transformation, weil sie
91 Arbeitsplatzverlust, Armut und Unsicherheit fürchten. Das kommt nicht aus dem
92 Nichts: Auch heute arbeitet jede*r 5. im Niedriglohnssektor und auf einen freien
93 Arbeitsplatz kommen vier arbeitslose Personen. Niemand soll zu Arbeit gezwungen
94 werden, und trotzdem gibt es viele Menschen, die unfreiwillig arbeitslos sind
95 oder Angst haben, es in diesen Zeiten des Umbruchs zu werden. Diese Angst zu
96 nehmen und Menschen zu garantieren, dass sie eine sinnstiftende Beschäftigung
97 finden können, wollen wir öffentlich organisieren. **Deswegen fordern wir eine**
98 **staatliche Jobgarantie, die Jobs schafft, die mit einem Mindestlohn von 15 Euro**
99 **pro Stunde vergütet werden.** Mit ihr sollen Mittel zur Verfügung gestellt werden,
100 mit denen kommunal die Jobs geschaffen werden können, die dringend benötigt
101 sind, um unser Leben vor Ort nicht nur klimaneutral sondern vor allem
102 lebenswerter zu gestalten: Neue Spielplätze müssen gebaut und gesundes Essen in
103 öffentlichen Mensen gekocht werden. Wir müssen renaturieren, begrünen und
104 aufforsten. Verlassene öffentliche Räume müssen endlich saniert und öffentlich
105 genutzt werden lassen. Für all das braucht es viele Menschen, die anpacken. Mit
106 der Jobgarantie schaffen wir den Rahmen dafür und ermöglichen Menschen
107 gleichzeitig eine gemeinwohlstiftende Betätigung, die armutsfest bezahlt ist.
108 **Wir sind dem Wandel nicht hilflos ausgeliefert, wir organisieren ihn selbst!**

109 Denn unser Leben vor Ort könnte so viel besser sein. Städte haben kaum noch Raum
110 für Menschen und der ländliche Raum wird entgegen aller politischen
111 Versprechungen noch immer vergessen. Gerade junge Menschen leiden darunter, auf
112 dem Land keine Perspektive und in der Stadt kein WG-Zimmer zu finden. Holen wir
113 uns also unseren Ort zurück und bauen wir ihn so um, dass er zu unseren
114 Bedürfnissen passt! Mit Raum für uns und unsere Freund*innen, mit Grünflächen,
115 Fahrradstraßen und Bussen und Bahnen, die jede*n ans Ziel bringen.

116 **Her mit der Knete - Wir formen Gesellschaft!**

117 Doch die beste Initiative vor Ort ist machtlos, wenn es für all die guten Ideen
118 und Projekte keinen Cent gibt.

119 **Deswegen kämpfen wir für eine Fiskalpolitik, die endlich Schluss macht mit der**
120 **Schwarzen Null und die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz streicht.** Dabei war
121 eine neue Fiskalpolitik noch nie so günstig wie jetzt: Die Zinspolitik
122 ermöglicht es uns, Schulden bei Niedrigzinsen bis Negativzinsen aufzunehmen. Das
123 bedeutet: Jetzt ist die Zeit für Investitionen! Es ist scheinheilig zu
124 behaupten, dass die Schwarze Null unserer Generation etwas nützt, genau der
125 Gegenteil ist der Fall. Die Herausforderungen sind groß wie nie, also müssen wir
126 jetzt Geld in die Hand nehmen wie nie: Nur mit starken Investitionen in unsere
127 Zukunft können wir die Klimakrise entschlossen bekämpfen, der Armut den Kampf
128 ansagen und unsere Wohnorte zu lebenswerten Räumen machen.

129
130 **Wir fordern eine Politik, die jetzt so viel wie notwendig für ein**
131 **Investitionsprogramm in die Hand nimmt, statt weiter auf Verschleiß zu fahren.**
132 Für die nächsten 10 Jahre bedeutet ein Investitionsvolumen von mindestens 500
133 Mrd. Euro. Dazu muss die nächste Bundesregierung Grundgesetzänderungen
134 vorzunehmen, um endlich die Schuldenbremse zu kippen. Nur so können wir
135 Gesellschaft nach den Bedürfnissen der Vielen formen und von unten her zu
136 verändern, nur so können die drängenden Krisen unserer Zeit angegangen werden.

137 **Politik von unten**

138 Als Aktivist*innen der GRÜNEN JUGEND sind wir Teil der vielen, die von so einer
139 Gesellschaft profitieren würden. Viele Menschen haben das Vertrauen verloren,
140 dass Politik etwas in ihrem Leben zum Guten verändern kann. Durch eine Politik
141 von unten, die Menschen in ihren alltäglichen Problemen trifft und sie ermutigt,
142 gemeinsam aktiv zu werden, wollen wir neues Vertrauen schmieden und damit
143 stärker werden. Eine Gesellschaft ohne Armutsjobs und ausbeuterisch hohe Mieten
144 ist möglich. Ab morgen muss kein Cent an Gesundheitssystem und Schule gespart
145 werden. Wir können es schaffen, unsere Lebensgrundlagen zu schützen und
146 gleichzeitig für alle Menschen ein besseres Leben ermöglichen. In den nächsten
147 vier Jahren müssen wir dafür einen Richtungswechsel einschlagen und gemeinsam
148 mit vielen weiteren linken Akteur*innen ganz konkret an der Umsetzung unserer

149 politischen Visionen arbeiten.

150 Damit das funktioniert, werden wir vor allem unsere Ortsgruppen weiter stärken,
151 damit sie zu wirkmächtigen politischen Akteuren werden können, die vor Ort
152 Politik verändern und gemeinsam koordiniert Kampagnen in die Gesellschaft
153 tragen. Wir werden uns verstärkt in Bündnisse einbringen und die Veränderung von
154 unten organisieren, sei es für die Vergesellschaftung von Wohnraum, die Kämpfe
155 für bessere Bezahlung in Ausbildungsbetrieben oder radikalen Klimaschutz vor
156 Ort. **Wir wollen uns in die Lage bringen, eigene Projekte anzugehen und nicht auf**
157 **die nächste Wahl zu warten, bis wir wieder lautstark auf den Straßen sind.**

158 **Veränderung ist möglich. Packen wir es an.**

A-1-B Die Zukunft im Blick - Arbeitsprogramm 2021

Gremium: 55. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 09.10.2021
Tagesordnungspunkt: A Arbeitsprogramm

Antragstext

Die Zukunft im Blick - Arbeitsprogramm 2021

Einleitung

Die Klimakrise verschärft sich immer weiter und betrifft schon jetzt das Leben von vielen Menschen. Unsere Ausbildung und Jobs sind geprägt von schlechten Arbeitsbedingungen zu noch schlechteren Löhnen. Die Orte an denen wir leben, werden immer weiter kaputtgespart und für das, was wir tatsächlich zum Leben brauchen, bleibt kaum etwas übrig. Die Politik der letzten Jahre hat sich daran ausgerichtet, den Status Quo zu bewahren und dadurch lieber Profite für wenige zu sichern statt die Bedürfnisse von vielen Menschen nach guten Jobs, guter Ausbildung und sozialer Absicherung zu erfüllen und die Klimakrise zu bekämpfen. Viel zu lange wurde unsere Gesellschaft immer ungerechter. Wenn jetzt die großen Fragen unserer Zeit nicht angegangen werden, wenn gesellschaftliche Machtverhältnisse sich nicht weg von Konzerninteressen und hin zu uns Menschen verschieben, werden wir weiter von Krise zu Krise stolpern. 2022 kann das erste Jahr einer zweiten grünen Regierungsbeteiligung sein. In ihm wird sich zeigen, ob die großen Fragen unserer Zeit entschlossen angegangen werden oder weiterhin alles so bleibt, wie es ist und Krisen sich weiter verschärfen. Diese Entwicklungen haben wir 2022 fest im Blick und werden darauf drängen, dass endlich ein Wandel hin zu einer gerechten Gesellschaft passiert.

Wir haben keine Zeit für kleine Schritte. Unsere Zukunft zu erkämpfen, können wir nur selber tun!

Bildungsarbeit

Bildungsarbeit ist ein zentrales Mittel, um die Gesellschaftsanalyse der GRÜNEN JUGEND mit politischer Praxis zu verbinden. Nur wenn wir die Umstände kennen, in denen wir leben, und ihre Ursachen verstehen, können wir tatsächlich etwas

26 verändern. Im ersten Jahr einer möglichen grünen Regierungsverantwortung ist es
27 umso wichtiger, sich nicht nur auf ganz konkrete politische Projekte zu
28 beschränken, sondern den Blick offen zu halten für das große Ganze und
29 Zusammenhänge, die im Alltag häufig übersehen werden. Bildungsarbeit ist unsere
30 Brille, um auf darunterliegende Mechanismen und gesellschaftsformende Faktoren
31 blicken zu können. Deswegen haben wir im Bereich der Bildungsarbeit 2022 viel
32 vor!

33 **Frühjahrskongress**

34 Der Frühjahrskongress ist ein Bildungsort für den gesamten Verband. Beim 3.
35 Frühjahrskongress wollen wir uns mit dem guten Leben vor Ort auseinandersetzen
36 und den Fragen nachgehen, die unseren Alltag bestimmen, die in aktuellem
37 politischem Handeln aber häufig zu kurz kommen. Wieso steigen die Mieten in den
38 Städten immer weiter? Wieso ist nie genug Geld da, dass junge Menschen auf dem
39 Land nicht die Anbindung verlieren? Was hat Finanzpolitik eigentlich mit dem Bus
40 im Dorf zu tun? Und wie sieht eigentlich unsere Utopie einer Gesellschaft aus,
41 in der alle Menschen gerne leben? Diese und viele weitere Fragen wollen wir beim
42 Frühjahrskongress miteinander debattieren. Neben Bildungsangeboten in spannenden
43 Formaten wird es beim Frühjahrskongress auch verschiedene Möglichkeiten der
44 Vernetzung und des Austauschs geben. Dieses Jahr erhoffen wir uns, dass der
45 Frühjahrskongress erstmalig in Präsenz stattfinden kann und es dem Verband
46 ermöglicht, mit vielen Menschen an einem Ort zusammenzukommen und sich als
47 gesamter Verband drei Tage lang intensiv mit dem guten Leben vor Ort zu
48 befassen.

49 **Bildungscamps**

50 Wir planen etwas Neues in unserer Bildungsarbeit: Die Bildungscamps! In
51 verschiedenen regionalen Camps wollen wir ein umfassendes und
52 themenübergreifendes Angebot schaffen, das Menschen genau dort abholt, wo sie
53 gerade in ihrem Aktivismus und ihrer inhaltlichen Ausbildung stehen. Wir wollen
54 die Grundlage legen für politische Praxis, die tatsächlich etwas verändert an
55 den Zuständen, in denen wir alle leben. Nur wenn wir begreifen, welche Faktoren
56 unsere Gesellschaft bestimmen, wie historische Kämpfe aussahen und zukünftige
57 aussehen können, können wir tatsächlich etwas verändern! Welche Rolle spielen
58 Patriarchat und Kapitalismus in unserem Leben heute? Woher kommt eigentlich
59 Rassismus? Was bedeuten Utopien für unsere politische Praxis? Und weshalb
60 verstehen wir uns eigentlich als linker Verband? Mit den Bildungscamps wollen
61 wir ein vielfältiges Programm anbieten, das sowohl neuen Mitgliedern als auch
62 erfahreneren Aktivist*innen einen Lern- und Debattenraum öffnet und Austausch
63 abseits des politischen Alltags ermöglicht. Wir wollen bei der Konzeptionierung
64 und Durchführung der Bildungscamps eng mit den Trainer*innen zusammenarbeiten
65 sowie von den Erfahrungen lernen, die einige Landesverbände schon mit
66 überregionalen Camps gemacht haben. Im Anschluss werden wir die Bildungscamps
67

gründlich evaluieren und auf ihren Nutzen für kommende Jahre hin untersuchen.

68 **Sommerakademie**

69 Die letzten Jahre waren geprägt von Stillstand und Verharren, obwohl die Krisen
70 unserer Zeit immer dringender werden. Der einzige Fortschritt, der in greifbarer
71 Nähe erscheint, ist einer hin zu noch mehr Flexibilisierung in bestehender
72 Ausbeutung. Die Klimakrise bedroht unser Leben und unsere Zukunft und unser
73 Alltag ist geprägt von Ausbeutung und Sparzwängen. Doch eine andere Welt ist
74 möglich, denn die Zustände, in denen wir leben, sind menschengemacht. Doch wie
75 kann so eine Zukunft aussehen? Und wie kommen wir da hin? Welche Rolle spielten
76 bei vergangenen Gesellschaftsveränderungen Revolutionen? Welche kann eine
77 sozial-ökologische Transformation einnehmen? Bei der Sommerakademie wollen wir
78 mit Verantwortungsträger*innen der GRÜNEN JUGEND einen Blick werfen auf die
79 Zukunft und unseren Weg hin zu einer gerechten Welt.

80 **Weitere Bildungsangebote**

81 Neben dem Frühjahrskongress, den Bildungscamps und der Sommerakademie werden wir
82 in unserer Bildungsarbeit auch 2022 einen Blick werfen auf aktuelle politische
83 Geschehnisse. Um die sich schnell wandelnde politische Lage einordnen,
84 analysieren und auf sie reagieren zu können, ist Bildungsarbeit zentral.
85 Deswegen werden wir aus den Erfahrungen mit Online-Angeboten der letzten Jahre
86 schöpfen um gegebenenfalls auch kurzfristig Vorträge und Workshops organisieren
87 zu können. Außerdem werden wir wieder rund um die großen Kongresse ein
88 Vorprogramm und weitere Angebote schaffen.

89 **Methodische Weiterbildung**

90 Die GRÜNE JUGEND lebt als Verband auch davon, sich beständig weiterzuentwickeln,
91 Arbeitsweisen zu professionalisieren und Strukturen zu etablieren, in denen
92 Menschen mit verschiedenen Anforderungen politisch aktiv sein können. Ein
93 Grundpfeiler dafür sind methodische Weiterbildungsangebote. Für
94 Verantwortungsträger*innen auf Landes- aber auch Ortsgruppenebene wollen wir
95 dafür im Rahmen anderer Treffen und Veranstaltungen auch immer die methodische
96 Weiterbildung im Blick behalten und dafür Angebote schaffen. Die Trainer*innen
97 der GRÜNEN JUGEND können dabei neben dem Bildungsteam und dem Bundesvorstand
98 eine wertvolle Unterstützung sein.

99 **Mitgliedermagazin**

100 Die über:morgen entwickelt sich von Ausgabe zu Ausgabe weiter und etabliert
101 sich als Mitgliedermagazin im Verband, das von immer mehr Menschen gelesen wird.
102 Wir wollen auch im Jahr 2022 zwei Magazine herausbringen, die inhaltliche

103 Debatten im Verband vertiefen können. Die Zusammenarbeit mit den
104 Landesverbänden in Bezug auf landesspezifische Inhalte des Mitgliedermagazins
105 wollen wir weiter professionalisieren.

106 Im ersten Mitgliedermagazin, welches zum Frühjahrskongress 2021 erscheint,
107 sollen die Themen des Frühjahrskongresses weiter vertieft werden, sich also mit
108 dem guten Leben vor Ort beschäftigen, den politischen Faktoren, die es häufig
109 verhindern, aber auch unseren Utopien.

110 Das zweite Mitgliedermagazin, welches zum Bundeskongress 22 erscheint, soll sich
111 mit der Frage von Antirassismus auseinandersetzen, um dem Verband eine tiefere
112 Auseinandersetzung mit den Ursachen von Rassismus, historischen und aktuellen
113 antirassistischen Kämpfen und Verschränkungen zu anderen Unterdrückungsformen zu
114 ermöglichen.

115 **Formate**

116 Die letzten Jahre waren geprägt von Online-Formaten. Der Bedarf nach
117 Beisammensein und Austausch im Verband ist dementsprechend groß. Wie die
118 pandemische Lage sich weiterentwickelt, wissen wir nicht. Unser Ziel ist es
119 aber, Bildungs- und Austauschräume in Präsenz zu ermöglichen, soweit es die
120 Pandemie zulässt. Durch die Erfahrung der letzten Jahre sind wir jedoch auch
121 einem spontan nötig werdendem Umschwung auf digitale Methoden gewachsen und
122 werden sie darüber hinaus dazu nutzen, um mit unseren Bildungsangeboten viele
123 Menschen in der Breite des Verbandes zu erreichen. Um Bildungsveranstaltungen
124 für alle Zielgruppen niedrigschwellig zugänglich zu machen, wollen wir
125 insbesondere Hürden für Menschen in Ausbildung und Arbeitsverhältnissen in den
126 Blick nehmen und diese gemeinsam mit Landes- und Ortsverbänden systematisch
127 abbauen.

128 **Öffentlichkeitsarbeit**

129 Unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeitstrategie der letzten Jahre wollen wir
130 fortsetzen. Einerseits werden wir flexibel auf aufkommende Themen reagieren,
131 andererseits aber auch eigene Schwerpunkte setzen. Das Jahr 2022 wird
132 möglicherweise in großen Teilen geprägt sein von einer grünen
133 Regierungsbeteiligung. Mit unserer Öffentlichkeitsarbeit wollen wir einordnen
134 was passiert, aber auch, wo es sich anbietet, linke Perspektiven in den Fokus
135 rücken.

136 Damit das gelingt, wollen wir nicht nur die Themensetzung anderer kommentieren,
137 sondern auch durch eigene inhaltliche Konzepte, die sich an unserer
138 Bildungsstrategie, aber auch an der gesamtgesellschaftlichen Debatte anknüpfen,
139 selbstbewusst in Erscheinung treten. Wir wollen Aktionstage wie den
140 feministischen Kampftag am 08. März und den IDAHOBIT am 17. Mai in

141 Zusammenarbeit mit Bündnispartner*innen, den Sprecher*innen der Landesverbände
142 und anderen Funktionsträger*innen im Verband vorbereiten und niedrigschwellige
143 Angebote für Ortsgruppen schaffen, an ihnen teilzuhaben. Ein besonderen
144 Stellenwert soll auch 2022 der antirassistische Aktionstag einnehmen.

145 Unsere Social-Media-Arbeit der letzten Jahre hat unsere Follower*innenschaft
146 ausgebaut und unsere Posts auch dank dem Social-Media-Team professionalisiert.
147 Das nächste Jahr wollen wir dafür nutzen, noch koordinierter mit dem Potential
148 der verschiedenen GRÜNE JUGEND-Accounts zu arbeiten und strategisch die
149 Reichweite zu erweitern. TikTok werden wir als neu dazugekommene Plattform
150 weiter bespielen. Sich einer neuen Plattform anzunehmen, heißt vor allem auch
151 viel auszuprobieren. Wir wollen neues Wissen sammeln und im Verband miteinander
152 teilen. Methodische Schulungen für Social-Media-Verantwortliche auf Landes- und
153 Ortsgruppenebene werden deswegen weiter ausgebaut.

154 **Verbandsarbeit**

155 **Länderrat**

156 Der Länderrat wurde in den vergangenen Jahren zu einem Ort der politischen
157 Debatte und Strategiefindung. Als solchen wollen wir ihn weiter stärken und
158 dafür nutzen, auch abseits der Mitgliederversammlung strategische
159 Entscheidungen zu treffen. Gerade im ersten Jahr einen möglichen grünen
160 Regierungsbeteiligung kann das sehr wichtig werden. Außerdem wollen wir ihn im
161 nächsten Jahr noch stärker dafür nutzen, Multiplikator*innen zu schulen und
162 inhaltliche Diskussionsräume zu schaffen.

163 **Strukturförderung**

164 In der GRÜNEN JUGEND ist nicht jede Region gleich stark. Gerade Landesverbände
165 und Ortsgruppen im Osten leiden häufig unter der schwierigen historischen und
166 wirtschaftlichen Situation in ihren Bundesländern. Aus den letzten Jahren wissen
167 wir, dass eine rein finanzielle Unterstützung bei einzelnen Projekten nicht
168 ausreicht, um längerfristig den Verband in seiner gesamten Breite zu stärken.
169 Den spezifischen Hürden vor Ort wollen wir begegnen durch ein spezielles
170 Ausbildungsprogramm für Aktivist*innen aus diesen Regionen und verstärkten
171 Möglichkeiten des Austauschs und der Zusammenarbeit. Durch eine inhaltliche und
172 methodische Weiterbildung wollen wir dort ansetzen, wo zu häufig Menschen
173 ausgebrannt aufhören und gute Projekte an fehlenden Strukturen zu ihrer
174 Umsetzung scheitern. Außerdem wollen wir Projekte der Strukturarbeit von
175 Landesverbänden und Ortsgruppen unterstützen.

176 Unser Ziel ist es, Aktivist*innen so auszubilden, dass sie Verantwortung für den
177 Verband und seine Entwicklung übernehmen können und so aufkommende Aufgaben auf

178 mehr Schultern verteilt werden können. In Zeiten einer möglichen grünen
179 Regierungsverantwortung ist es umso wichtiger, dass die GRÜNE JUGEND überall
180 eine starke Organisation ist, die auf spontan auftretende Problemstellungen
181 schnell reagieren kann. Das Potential dazu haben alle Regionen. Zeit, es auch
182 überall abzurufen.

183 **Bund-Länder-Vernetzung**

184 Neben den Angeboten für strukturschwächere Regionen wollen wir das Jahr 2022
185 auch dafür nutzen, Verantwortungsträger*innen noch besser auf ihre
186 spezifischen Aufgaben vorzubereiten und zu begleiten. Dafür werden die Treffen
187 des Bundesvorstands mit den Landesvorständen eine entscheidende Rolle
188 einnehmen. Bei ihnen wollen wir uns austauschen, über die aktuelle Situation im
189 Verband und Zukunftsperspektiven beraten, aber auch strategische Entscheidungen
190 gemeinsam treffen. Außerdem werden bei diesen Treffen auch die inhaltlichen und
191 methodischen Bildungsangebote weiter ihren Platz finden.

192 Im Zuge der innerverbandlichen Professionalisierung werden wir zusammen mit
193 Landesvorständen einen genauen Blick auf hauptamtliche Strukturen werfen,
194 Kapazitäten ausbauen und so die Last auf mehr Schultern verteilen. Außerdem
195 werden wir weiterhin in diesen Bereichen besondere Schulungs- und
196 Austauschtreffen anbieten, um die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt
197 gut zu gestalten.

198 **Zusammenarbeit mit Abgeordneten**

199 Nach der Bundestagswahl wird die GRÜNE JUGEND viele neue junge Abgeordnete im
200 Bundestag haben. Mit ihnen, genau wie mit den Abgeordneten der Landes- und
201 Europaebene, ist ein enger Austausch für unsere politische Arbeit sehr wertvoll,
202 denn sie verbinden ihre Erfahrung als Aktivist*in der GRÜNEN JUGEND mit der
203 neuen Rolle im Parlament. Wir wollen mit ihnen zusammen wichtige Themen aus den
204 jeweiligen Parlamenten und aus der Grünen Jugend besprechen und sie weiterhin
205 eng in die Grüne Jugend einbinden.

206 In koordinierten Aktionen können wir unsere Forderungen lautstark sowohl im
207 Parlament, als auch auf die Straße bringen. Im nächsten Jahr wollen wir diese
208 Zusammenarbeit etablieren und vertiefen und dabei auch neue Möglichkeiten der
209 politischen Einflussnahme erproben.

210 **Frauenförderung und Geschlechterstrategie**

211 Wir wollen auch im kommenden Jahr die Strukturen in der Frauenförderung und
212 Geschlechterstrategie gemeinsam mit dem zuständigen Team weiter ausbauen. In
213 den letzten Jahren haben wir gesehen, wie wichtig Vernetzungsformate für den

214 Austausch und das Empowerment im Verband sind. Aus diesem Grund wollen wir
215 wieder regelmäßige Treffen der Frauen-, inter- und transpolitischen
216 Sprecher*innen anbieten und den Landessprecher*innenaustausch forcieren.

217 Wir führen einen gemeinsamen Kampf gegen das Patriarchat. Jedoch erfahren
218 Frauen, inter und trans Personen unterschiedliche Hindernisse, die es zu
219 überwinden gilt und die individuelle Förderstrukturen notwendig machen.
220 Personen, die inter oder trans sind, haben in ihrem politischen Engagement oft
221 mit ganz praktischen Hürden zu kämpfen. Aus diesem Grund wollen wir die
222 Vernetzungsangebote für inter-, trans- und nicht binäre Personen auch im
223 nächsten Jahr weiterführen und intensivieren.

224 Im letzten Jahr ist die Mitgliederzahl in der GRÜNEN JUGEND enorm gestiegen.
225 Dies stellt uns vor viele Herausforderungen, die genutzt werden wollen. Um neue
226 Frauen gezielt einbinden zu können werden wir im nächsten Jahr ein Programm
227 anbieten, welches ihnen den Einstieg erleichtert und sie mit anderen
228 Aktivist*innen vernetzt. Gleichzeitig sollen Ziele und Aufgaben der GRÜNE JUGEND
229 diskutiert werden und theoretischer Input mit praktischen Inhalten verknüpft
230 werden.

231 Eine gelungene Wissensweitergabe ist die Substanz jeder schlagkräftigen
232 Organisation. Erprobtes muss nicht neu entwickelt werden und Fehler nicht
233 wiederholt. Auf Bundesebene soll ein gezielter Austausch zwischen Funktions- und
234 Madatsträger*innen und Frauen, inter-, trans- und nicht-binären Personen, die
235 neu in Verantwortungspositionen sind, eine gute Wissensweitergabe ermöglichen
236 und Netzwerke stärken.

237 Um eine gelingende Frauenförderung und Geschlechterstrategie im Verband tiefer
238 in den Strukturen zu verfestigen ist es wichtig, auch Ortsgruppen gezielt mit
239 einzubinden. Das Team für Frauenförderung und Geschlechterstrategie soll
240 deshalb ein Konzept erarbeiten, durch welches Bundesebene, Landesebene und
241 Ortsgruppen effektiven Erfahrungsaustausch betreiben und Förderkonzepte
242 angeboten werden können.

243 Uns ist wichtig, dass die GRÜNE JUGEND ein Verband ist, an dem alle an
244 politischer Bildungsarbeit teilhaben und nicht aus Theoriearbeit und
245 Diskussionsrunden ausgeschlossen werden. Darum wollen wir im nächsten Jahr
246 wieder Theorieseminare für Frauen im Rahmen des Frühjahrs- und Bundeskongresses
247 anbieten, damit noch mehr Aktivist*innen teilnehmen und gemeinsam lernen können.

248 **Antirassistische Strategien**

249 In diesem Bereich haben wir 2022 viel vor. Die Erfahrungen aus den ersten beiden
250 Jahren mit diesem Arbeitsbereich werden wir 2022 an Landesverbände weitergeben

251

252 und so dazu beitragen, die antirassistische Verbandspraxis auf allen Ebenen zu
253 stärken. Nach den gelungenen digitalen Vernetzungsangeboten wollen wir im
254 nächsten Jahr auch am Rande von großen Präsenzveranstaltungen wie den beiden
255 großen Kongressen Vernetzungsangebote machen, um Menschen mit
256 Rassismuserfahrung den Austausch über Orts- und Landesebene hinweg zu
ermöglichen.

257 Menschen, die Rassismus erfahren, sind häufig von politischen Bildungs- und
258 Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Wir wollen uns noch intensiver damit
259 beschäftigen, wie Menschen mit Rassismuserfahrung weiter ausgebildet und
260 bestärkt werden können, um sie fit für die Verantwortungsübernahme in der
261 Grünen Jugend zu machen. Als erstes Projekt planen wir ein
262 Weiterbildungswochenende für Menschen mit Rassismuserfahrung, welches wir in
263 Kooperation mit einem Landesverband durchführen wollen.

264 2022 wollen wir außerdem unsere bisherige Arbeit in Bereich der
265 antirassistischen Strategien evaluieren und daraus Schlüsse ziehen für eine
266 antirassistische Verbandspraxis in den nächsten Jahren. Ein Thema kann dabei
267 die stärkere Repräsentanz von Menschen mit Rassismuserfahrung im Verband sein.
268 Bearbeiten soll diese Themen weiterhin der Bundesvorstand zusammen mit dem
269 Arbeitsbereich antirassistische Strategien.

270 **Inklusion**

271 Nachdem die letzten beiden Jahre im Verband hauptsächlich von digitalen
272 Angeboten geprägt waren, werden wir uns 2022 wieder stärker der Barrierearmut
273 bei Präsenzveranstaltungen widmen. Die Bundesgeschäftsstelle wird im Rahmen der
274 finanziellen Möglichkeiten der GRÜNEN JUGEND stetig daran arbeiten, Angebote so
275 barrierefrei wie möglich umzusetzen.

276 **Finanzen**

277 Die vielen Tausenden neuen Mitglieder stellen den ganzen Verband, aber vor allem
278 den Bundeshaushalt, vor große Herausforderungen. Unsere finanziellen Mittel sind
279 in den letzten Jahre nicht in dem Maße zum restlichen Verbandswachstums
280 gewachsen. Da wir in unseren Ausgaben praktisch nicht weiter sparen können,
281 müssen wir unsere Einnahmeseite massiv verbessern. Die solidarische Anpassung
282 des Mitgliedsbeitrags und die Einführung einer Mandatsabgabe sind dafür die
283 erste notwendige Grundlage, reichen aber bei weitem nicht aus. Für die neue
284 Mandatsabgabe wollen wir über die Abgeordneten der GRÜNEN JUGEND hinaus
285 möglichst viele Abgeordnete gewinnen, die auch schon über 28 Jahre sind. Denn
286 auch diese profitieren von einer gestärkten GRÜNEN JUGEND.

287 Unser enormes Mitgliederwachstum werden wir zudem nutzen, um von den Grünen und
288

289 bei der Verteilung der RPJ-Gelder einen Zuschuss raus zu handeln, der den
gewachsenen Anforderungen an unseren Verband realistischer widerspiegelt.

290 Die finanzielle Situation der Landesverbände wollen wir stärken, indem wir
291 diese darin unterstützen, für ihre Landtagsabgeordneten eine Mandatsabgabe
292 einzuführen und ihnen in Finanzverhandlungen zur Seite stehen.

293 Viel zu oft werden Gelder auf Ortsgruppenebene noch nicht optimal genutzt oder
294 garnicht erst von den örtlichen Grünen in Anspruch genommen. Durch methodische
295 Schulungen werden wir Schatzmeister*innen von Landesverbänden und Ortsgruppen
296 in ihrer Arbeit unterstützen und dabei insbesondere auf unsere guten
297 Erfahrungen mit Verhandlungstrainings zurückgreifen und diese
298 institutionalisieren.

299 **Konkrete Projekte vor Ort**

300 Ortsgruppen sind das Herzstück der GRÜNEN JUGEND. Allzu häufig fehlt es ihnen
301 aber an konkreten Ideen davon, wie sie bei sich vor Ort tatsächlich etwas
302 verändern können, was über rein symbolische Maßnahmen hinausgeht. Gleichzeitig
303 kommen immer mehr Menschen in den Ortsgruppen an, die sich politisch engagieren
304 wollen und ihren Teil zu einem gerechten Leben vor Ort beitragen möchten. Die
305 Lage in vielen Kommunen ist schlecht. An allen Ecken und Enden wird gespart,
306 junge Menschen kommen ohne Elterntaxi kaum aus ihrem Ort und die Tickets sind
307 vielerorts zu teuer. An diesem Problem wollen wir ansetzen und ganz konkret
308 anpacken, damit sich endlich was tut! Im nächsten Jahr werden wir uns mit
309 einigen Ortsgruppen daran machen, bei ihnen vor Ort den ÖPNV häufiger und
310 günstiger kommen zu lassen. Dabei werden wir eng mit den jungen Menschen vor Ort
311 und anderen Initiativen zusammenarbeiten und die Kommunalpolitik ordentlich
312 aufmischen. Für die beteiligten Ortsgruppen werden wir Ausbildungsmöglichkeiten
313 schaffen, die sie auf ihr großes Projekt vorbereiten. Bei der konkreten
314 Umsetzung werden uns Organizingmethoden dabei helfen, Mitglieder einzubinden,
315 junge Menschen anzusprechen und die Projekte zum Erfolg zu führen.

316 **Fachforen**

317 Fachforen sind ein Ort der thematischen Debatte und Vernetzung unter
318 Fachexpert*innen und Interessierten. Die Praxis, qualitativ hochwertige
319 Fachforentreffen thematisch angegliedert an die Highlightveranstaltungen
320 stattfinden zu lassen, wollen wir fortsetzen. Außerdem werden wir mit den neuen
321 jungen Abgeordneten Menschen im Bundestag haben, die die Inhalte der GRÜNEN
322 JUGEND mit spezifischem Fachwissen verbinden können. Damit ihr Wissen rund um
323 aktuelle fachpolitische Debatten und Konzepte nicht untergeht, wollen wir ihre
324 Anbindung an Fachforen stärken. Die Kooperation unter Fachforen und mit dem
325 Bundesvorstand soll gestärkt werden. Dafür wollen wir Kommunikationswege finden
326 und ausbauen, die für alle Beteiligten passen. Expert*innenwissen aus Fachforen

327 wollen wir weiterhin auch an anderen Stellen in der Verbandsarbeit einbinden,
328 beispielsweise bei aktuellen inhaltlichen Konzepten, im Rahmen von
329 Bildungsveranstaltungen oder breiten Debatten im Verband.

330 **Internationales**

331 2022 wird es hoffentlich endlich so weit sein: Die GRÜNE JUGEND reist nach
332 Israel! Gemeinsam mit unserer Partnerorganisation Young Meretz haben wir ein
333 vielfältiges Programm unter dem Titel „Democracies at risk“ auf die Beine
334 gestellt, das in der ersten Jahreshälfte 2022 umgesetzt werden soll und
335 Mitgliedern eine Fahrt ermöglichen soll, bei der wir nicht nur jede Menge über
336 Geschichte und Leben in Israel lernen, sondern auch engen Austausch mit unseren
337 Partner*innen vor Ort ermöglicht wird. Das Projekt soll abgeschlossen werden mit
338 digitalen Austauschformaten mit Young Meretz und Israel 2050, an denen mehr
339 Mitglieder teilnehmen können, als es bei der Fahrt möglich ist.

340 Junge Kommunalis reisen nach Kopenhagen! Themen vor Ort werden die
341 Fahrradinfrastruktur, Klimaschutz- und Energiekonzepte sein. Bei der Umsetzung
342 wollen wir auf unseren stetigen Austausch mit SFU, der sozialistischen dänischen
343 Jugendorganisation, zurückgreifen und das Angebot durch ein digitales Programm
344 erweitern. Für die Finanzierung werden wir eine geplante Zusammenarbeit mit
345 Reinhard Bütikofer und Jamila Schäfer umsetzen.

346 Während der Covid-Pandemie waren Besuche bei unseren europäischen
347 Partnerorganisationen leider kaum möglich. 2022 wollen wir deshalb den
348 bilateralen Austausch verstärken und wieder Gäste aus unseren
349 Partnerorganisationen bei unseren Veranstaltungen begrüßen! Das Team für
350 Internationales wird dafür an einem bilateralen Konzept arbeiten, das die
351 Zusammenarbeit mit einer europäischen Partnerorganisation vertieft und beide
352 Organisationen bereichert.

353 European Match ist unser Langzeitprojekt im internationalen Bereich. Hier wollen
354 wir langfristige Regionalpartnerschaften aufbauen, die weiter durch das Team
355 Internationales betreut werden. Nächstes Jahr ist das Ziel, dass mindestens in
356 zwei Projekten auch Präsenzaustausche stattfinden.

357 Wir wollen unsere Kampagnenerfahrung aus dem Wahlkampf auch an andere junggrüne
358 Organisationen weitergeben. Dafür planen wir Workshops und Seminare, um die
359 Wissensweitergabe in diesem Bereich zu verstetigen.

360 **Bündnisse**

361 Als GRÜNE JUGEND verbinden wir die Arbeit in der Partei und im Parlament mit

362 Aktivismus auf der Straße, um auf verschiedenen Ebenen konkrete politische
363 Veränderungen genau wie größere Transformationsprozesse voranzubringen. Dabei
364 verbinden wir verschiedene Akteur*innen und sind beteiligt an gemeinsamer
365 Strategiefindung. Im Bereich der Bündnisarbeit ist es 2022 besonders wichtig,
366 unabhängig von grünem Regierungshandeln unsere Zusammenarbeit und die
367 strategischen Absprachen mit den anderen linken Parteijugendorganisationen
368 weiter auszubauen.

369 Wir stehen fest an der Seite unserer Verbündeten in der Klimaprotestbewegung
370 rund um Fridays for Future, Ende Gelände und Sand im Getriebe. Wo immer es zu
371 großen Klimaprotestaktionen kommen wird: Wir stehen bereit, um zu ihrem Gelingen
372 beizutragen! Immer wieder gefährden Rechte mit ihren Protesten Menschen mit
373 Migrationserfahrung, queere Personen und Andersdenkende. Wo auch immer sie ihre
374 Nazi-Aufmärsche abhalten, sind wir im Gegenprotest dabei. Polizeigesetze werden
375 in immer mehr Menschen, zuletzt in NRW, auf den Weg gebracht. Doch das letzte
376 Wort ist hier noch nicht gesprochen. Wir werden weiter in den Parlamenten und
377 auf der Straße gegen die Einschränkung unserer Grundrechte eintreten. Während
378 der Pandemie haben sich immer mehr Menschen zu Verschwörungsideolog*innen
379 entwickelt. Gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen werden wir
380 selbstverständlich dagegenhalten, wenn radikalisierte Querdenker*innen unser
381 aller Gesundheit gefährden und antisemitische Hetze verbreiten. Feministische
382 Bündnisse, die sich für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen
383 einsetzen, wurden in den letzten Jahren an den verschiedensten Stellen
384 gegründet. Mit ihnen zusammen wollen wir uns im nächsten Jahr dafür einsetzen,
385 dass Schwangerschaftsabbrüche endlich für alle Menschen, die sich brauchen,
386 zugänglich sind und aus dem Strafgesetzbuch kommen!

387 Im nächsten Jahr werden soziale Fragen und Lohnkämpfe eine große Rolle in
388 unserer Bündnisarbeit einnehmen. Deswegen werden wir unsere Zusammenarbeit mit
389 den Gewerkschaftsjugenden, aber auch mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen
390 wie den Pflegestreitbündnissen ausbauen und intensivieren. Für uns ist klar:
391 Arbeitskämpfe sind feministische Kämpfe und antirassistische Kämpfe!
392 Gerechtigkeit gibt es nur mit höheren Löhnen, echter sozialer Absicherung und
393 deutlich besseren Arbeitsbedingungen!

S-1-B Mitgliedsbeitrag und Mandatsabgabe

Gremium: 55. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 09.10.2021
Tagesordnungspunkt: F Finanzen (mit Satzungsänderungen)

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND wird als Verband immer größer und professioneller. Das ist gut
2 und wichtig, denn für uns gibt es (nach wie vor) viel zu tun. Wir wollen deshalb
3 ein Fundament schaffen, auf dem wir als Verband weiter sicher stehen und wachsen
4 können. Denn nur, wenn wir ausreichende finanzielle Mittel haben, können wir die
5 gesellschaftliche Schlagkraft entfalten, die wir brauchen, um wirklich etwas zu
6 verändern!

7 Um das zu schaffen und als Verband unabhängig zu sein, müssen wir unsere
8 Eigenmittel deutlich vergrößern. Die Anpassung der Mitgliedsbeiträge sowie die
9 Einführung einer Mandatsabgabe ist dazu ein wirksames und notwendiges Mittel.
10 Die GRÜNE JUGEND soll auch weiterhin ein Ort sein, an dem alle Politik machen
11 können - unabhängig von der Größe des eigenen Geldbeutels. Um die soziale
12 Verträglichkeit der Mitgliedsbeiträge zu gewährleisten, führen wir eine
13 solidarische Staffelung der Beiträge ein. Sie ermöglicht einen gerechten
14 Ausgleich der Beitragshöhe: Wer mehr hat, kann auch mehr dazugeben und so zur
15 politischen Einbindung anderer beitragen. Die Staffelung von 3€, 4€ oder 10€ im
16 Monat bietet eine Auswahl an möglichen Beiträgen an, die beides vereint: Eine
17 solidarische Verteilung der Kosten und ein starkes finanzielles Fundament für
18 den Verband.

19 Eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge wird niemanden von der Mitgliedschaft in der
20 GRÜNEN JUGEND ausschließen. Die Möglichkeit zur Befreiung vom Mitgliedsbeitrag
21 bleibt auch weiterhin bestehen, damit die GRÜNE JUGEND auch Menschen offen
22 steht, die keinen Beitrag zahlen können. Zudem bleibt auch die Möglichkeit der
23 Schnuppermitgliedschaft erhalten. Sie soll auch in Zukunft einen
24 niedrigschwelligen Einstieg in das politische Engagement bei der GRÜNEN JUGEND
25 bieten. Die Anpassung der Beiträge kommt der GRÜNE JUGEND auf allen Ebenen zu
26 Gute.

27 Wir verändern die Aufteilung der Beiträge so, dass der Bundesverband und die
28 Landesverbände jeweils eine Hälfte bekommen. Damit schaffen wir eine gerechtere
29 Aufteilung, damit auf allen Ebenen die Potentiale aus Mitgliederwachstum und

30 Professionalisierung ausgeschöpft werden können.

31 Die Mandatsabgabe ist ein neuer, zusätzlicher Pfeiler in unserem finanziellen
32 Fundament. Menschen, die in der GRÜNE JUGEND sind und gleichzeitig Mitglied des
33 Bundestags, des europäischen Parlaments oder des grünen Bundesvorstands, haben
34 größere finanzielle Mittel als andere Mitglieder. Als starke Schultern können
35 sie deshalb einen zusätzlichen Beitrag dazu leisten, dass die GRÜNE JUGEND ihre
36 wichtige politische Arbeit machen und Menschen politisch bilden und einbinden
37 kann. Das kommt vor Allem den Menschen zu Gute, die aus eigener Tasche nicht
38 dafür aufkommen könnten. So stärken die Mandatsabgabenzahler*innen nachhaltig
39 den Verband und alle Mitglieder.

40 Deshalb werden die Satzung und Finanzordnung gemäß der folgenden Nummern 1 bis 4
41 geändert, und die Mitgliederversammlung trifft begleitend den Beschluss in Nr.
42 5. Die erhöhten Mitgliedsbeiträge werden gemäß § 4 Absatz 8 Satz 4 ab dem
43 nächsten Jahr erhoben, die Mandatsträger*innenbeiträge mit sofortiger Wirkung.

44 1. § 4 Absatz 8 und 9 der Satzung wird wie folgt als Absatz 8 neu gefasst: „(8)
45 Jedes Mitglied ist zur regelmäßigen Zahlung eines Mitgliedsbeitrags
46 verpflichtet. Einem Mitglied können aufgrund von Beitragsrückständen die
47 Mitgliedsrechte entzogen werden. Näheres regelt die Finanzordnung.“

48 2. In § 4 der Satzung wird folgender Absatz 9 eingefügt: (9) Mitglieder der
49 GRÜNEN JUGEND, die ein Mandat im deutschen Bundestag oder im Europaparlament
50 ausüben oder Mitglied des Bundesvorstands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind,
51 leisten neben ihren satzungsgemäßen Beiträgen nach Abs. 8 einen
52 Mandatsträger*innenbeitrag an den Bundesverband. Die Höhe der
53 Mandatsträger*innenbeiträge wird von der Mitgliederversammlung festgelegt.

54 3. § 9 Absatz 2 Satz 7 der Satzung wird wie folgt neu gefasst: „Maßgeblich sind
55 die Mitgliederzahlen, die der Bundesvorstand für den 31. Dezember des
56 vorangegangenen Jahres festgestellt hat.“

57 4. § 2 der Finanzordnung wird wie folgt neu gefasst:

58 „§ 2 Mitgliedsbeiträge

59 (1) Der reguläre Mitgliedsbeitrag beträgt 4€ pro Monat, der ermäßigte Beitrag
60 beträgt 3€ pro Monat und der erhöhte Beitrag beträgt 10€ pro Monat. Jedes
61 Mitglied wählt unter diesen Beiträgen denjenigen, den es zahlen möchte. Bei
62 Mitgliedern, die gleichzeitig Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind, ist der
63 Mitgliedsbeitrag der GRÜNEN JUGEND im Beitrag an die Partei enthalten.

64 (2) Änderungen der Höhe des Mitgliedsbeitrags können von der

65 Mitgliederversammlung nur mit 2/3-Mehrheit beschlossen werden, wenn der
66 Bundesfinanzausschuss vor der Entscheidung der Mitgliederversammlung einer
67 Beitragsänderung mit einer 2/3-Mehrheit zugestimmt hat. Falls dies nicht
68 geschieht, kann die Mitgliederversammlung mit 3/4-Mehrheit die Änderung der Höhe
69 beschließen. Änderungen der Beitragshöhe treten mit Beginn des auf den Beschluss
70 folgenden Jahres in Kraft.

71 (3) Grundsätzlich ist die Beitragsabführung im ersten Jahr der Mitgliedschaft
72 nicht verpflichtend (Schnuppermitgliedschaft). Jedes Mitglied kann auf Antrag an
73 den Bundesvorstand mit schriftlicher Begründung teilweise oder vollständig von
74 der Beitragsabführung befreit werden.

75 (4) Der Mitgliedsbeitrag ist zu Beginn eines Halbjahres für sechs Monate fällig.
76 Der Einzug des Beitrags erfolgt per Einzugsermächtigung durch die
77 Bundesgeschäftsstelle zu Beginn des Halbjahres oder nach dem Eintritt. Eine
78 anteilige oder vollständige Rückzahlung von Beiträgen, die im Einklang mit
79 dieser Finanzordnung und der Bundessatzung eingezogen wurden, ist nicht möglich.

80 (5) Die Mitgliedsrechte eines Mitglieds ruhen, wenn es die Beiträge für zwei
81 vergangene Halbjahre nicht abgeführt hat. Die Mitgliedschaft endet, wenn die
82 Beiträge für vier vergangene Halbjahre nicht abgeführt wurden.

83 (6) Der Mitgliedsbeitrag steht zur Hälfte dem Bundesverband und zur anderen
84 Hälfte dem Landesverband des jeweiligen Mitglieds zu.

85 (7) Näheres, insbesondere Regelungen zu organisatorischen Voraussetzungen oder
86 der Ermöglichung von anderen Zahlungsweisen oder -häufigkeiten, beschließt der
87 Bundesfinanzausschuss im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand.“

88 5. Die Mitgliederversammlung beschließt die folgende Beitragsregelung für
89 Mandatsträger:innen gem. §4 Absatz 9 der Satzung:

90 „(1) Mandatsträger*innen-Beiträge werden gemäß § 4 Absatz 9 der Satzung von den
91 Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Europaparlaments, sowie von
92 Mitgliedern des Bundesvorstands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhoben.

93 (2) Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Mandatsträger*innen-Beiträge sind
94 die jeweiligen Diäten, die Abgeordnetenentschädigungen bzw. Bruttogehälter.

95 (3) Die Höhe des Mandatsträger*innenbeitrags beträgt grundsätzlich 2 % der
96 Bemessungsgrundlage.

97 (4) Über Reduktionen des Beitrags, insb. bei kindergeldberechtigten Kindern oder
98 aus anderen sozialen Gründen, entscheidet der/die Bundesschatzmeister*in

99 einvernehmlich mit der/dem Beitragsverpflichteten.“

100 6. Füge folgenden Absatz an erster Stelle in § 4 Spenden und Sponsoring ein und
101 Nummeriere die bestehenden Absätze laufend weiter:

102 "(1) Geldspenden und Mitgliedsbeiträge von Abgeordneten des Deutschen
103 Bundestages und des Europaparlaments sowie von Mitgliedern des Bundesvorstands
104 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden jährlich in geeigneter Form dem Verband bekannt
105 gegeben."

S-2-B Strukturförderung

Gremium: 55. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 09.10.2021
Tagesordnungspunkt: F Finanzen (mit Satzungsänderungen)

Antragstext

1 Wir wollen Strukturförderung in der GRÜNEN JUGEND so gestalten, dass sie
2 wirklich etwas zum Besseren verändert. Der Solidaritätsfond, an den bis in das
3 neue Jahr hinein Anträge gestellt werden konnten, wird diesem Anspruch nicht
4 mehr gerecht. Deswegen heben wir die Strukturförderung auf eine neue Ebene und
5 werten sie auf: Strukturarbeit ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Wir stehen nicht
6 überall vor den gleichen Herausforderungen: passende Lösungen für die
7 unterschiedlichen Situationen der Länder und Regionen zu finden, macht
8 Strukturförderung erfolgreich. Wir investieren langfristig darein, dass in
9 strukturschwachen Ländern und Gebieten die GRÜNE JUGEND vor Ort auf sicheren
10 Fundamenten steht und auf solider Grundlage Politik machen kann. Insbesondere
11 dort, wo die politischen Widerstände besonders groß sind. Denn nur, wenn wir uns
12 überall stärken, können wir langfristig erfolgreich sein!

13 Deshalb soll der Solitopf umgestaltet werden: In Zukunft gibt es im Haushalt des
14 Bundesverbands einen Punkt „Strukturförderung“. Im Bundesfinanzausschuss werden
15 im Rahmen der Planungen für das kommende Jahr Maßnahmen und Projekte besprochen,
16 die aus diesen Mitteln durchgeführt werden. Dabei wird insbesondere geklärt, was
17 die strukturschwächeren Landesverbände und Regionen brauchen, um sich weiter zu
18 entwickeln und nachhaltige Strukturen zu stärken.

19 Auf Vorschlag des Bundesfinanzausschusses werden die Maßnahmen dann im Rahmen
20 des Arbeitsprogramms und des Haushaltsplans von der Mitgliederversammlung
21 beschlossen. Damit sorgen wir dafür, dass die Strukturförderung, von der die
22 gesamte GRÜNE JUGEND profitiert, in der Verbandsstrategie mitgedacht wird. Sie
23 bekommt dadurch mehr Sichtbarkeit, wird transparent für Alle und nimmt einen
24 festen Stellenwert im Verband ein.

25 Die Finanzordnung wird deshalb wie folgt geändert:

26 § 3 entfällt. Die folgenden Paragraphen werden entsprechend unnummeriert.

S-3-B Anpassungen der Finanzordnung

Gremium: 55. Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 09.10.2021
Tagesordnungspunkt: F Finanzen (mit Satzungsänderungen)

Antragstext

1 Wir wollen unsere Finanzordnung so anpassen, dass sie den Gegebenheiten der Zeit
2 gerecht wird. Darüber hinaus beschließen wir Änderungen, die auf
3 organisatorischer Ebene die Arbeit deutlich erleichtern.

4 Die Finanzordnung wird wie folgt geändert:

- 5 1. § 1 Absatz 1 lit. c wird wie folgt neu gefasst: „Anträge sind bis spätestens
6 drei Monate nach dem Zeitpunkt, zu dem die Kosten entstanden sind, in der
7 Bundesgeschäftsstelle einzureichen.“
- 8 2. § 1 Absatz 1 lit. d wird wie folgt neu gefasst: „Der Bundesvorstand kann in
9 Einzelfällen Ausnahmen zu den in der Erstattungsordnung getroffenen Regeln
10 beschließen.“
- 11 3. Der § 1 Absatz 4 Satz 4 wird wie folgt neu gefasst: „Grundsätzlich werden die
12 tatsächlich entstandenen Fahrtkosten bis zu maximal 50 Prozent des normalen 2.
13 Klasse Fahrpreises (BC50 Flexpreis) einschließlich der Zuschläge für ICE und
14 IC/EC erstattet.“
- 15 4. In § 1 Absatz 4 wird „Die Entscheidung des Bundesvorstandes muss mit
16 Begründung veröffentlicht werden.“ gestrichen.
- 17 5. In § 1 Absatz 4 wird „Zusätzlich zu den Flugkosten erstattet die GRÜNE
18 JUGEND bei jeder Flugreise eine den Klimaschäden entsprechende Spende an
19 Atmosfair.“ gestrichen.
- 20 6. In § 1 Absatz 4 wird der letzte Satz wie folgt neu gefasst und ergänzt: „Bei
21 Autofahrten werden pro gefahrenem Kilometer 0,3 Euro erstattet. Die Route ist
22 per Routenplan nachzuweisen.“